Christian Fridrich

Fachwissenschaft

Wem gehört der Wohlstand? Vermögen und Einkommen in Österreich – ein kontroverses Gespräch zwischen Barbara Kolm (Friedrich A. v. Hayek Institut Wien) und Markus Marterbauer (Arbeiterkammer Wien)

christian.fridrich@phwien.ac.at, Fachbereich Geographie und Wirtschaftskunde, Pädagogische Hochschule Wien

Eine Forderung der ökonomischen Bildung lautet, Themen multiperspektivisch zu behandeln und unterschiedliche, divergierende Interessen aufzudecken. Barbara Kolm vom Hayek Institut (Slogan: „Free markets, free poeple") und Markus Marterbauer von der Arbeiterkammer Wien (Slogan: „Gerechtigkeit muss sein") diskutieren miteinander über die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Österreich sowie über ausgewählte Aspekte der Wirtschaftspolitik. Die diesbezüglichen Themenbereiche werden anhand von aktuellen Fakten, Strukturen und Entwicklungen von einschlägigen Institutionen durch Gesprächsleiter Christian Fridrich (Pädagogische Hochschule Wien) als Gesprächsimpulse eingebracht.

Keywords: Vermögens- und Einkommensverteilung, sozioökonomische Disparitäten, Gender-Pay-Gap, Umverteilung, Wirtschaftspolitik, Neoliberalismus, Keynesianismus

Whose prosperity is it? Wealth and income in Austria – a controversial debate between Barbara Kolm (Friedrich A. v. Hayek Institut Vienna) and Markus Marterbauer (Vienna Chamber of Labour)

Economics education demands, among other things, that topics are approached in a multiperspective way, and diverse and diverging interests brought into the open. Barbara Kolm of the Hayek Institut (slogan: „Free markets, free people") and Markus Marterbauer of the Vienna Chamber of Labour (slogan: „Fairness is essential") debate the distribution of income and wealth in Austria as well as selected aspects of economic policy. The relevant thematic areas are introduced by Christian Fridrich (University of Teacher Education Vienna), who chairs the debate, as kick-off statements based on current facts, structures and the development of relevant institutions.

Keywords: Distribution of income and wealth, socio-economic disparities, gender pay gap, redistribution, economic policy, neoliberalism, Keynesianism

Gesprächsleitung: Christian Fridrich

Anmerkung der Redaktion: Entgegen den Gepflogenheiten der Zeitschrift wird dieser Beitrag nicht gegendert, weil die wörtliche Rede wiedergegeben werden soll.

Christian Fridrich: Heute ist der 22.10.2014. Meine beiden Gesprächspartner sind Frau Dr. Barbara Kolm vom Hayek Institut und Herr Dr. Markus Marterbauer von der AK. Ich freue mich, dass Sie beide Zeit für ein „Streitgespräch" gefunden haben. Ökonomische Bildung soll sich nämlich nicht nur in der Vermittlung von Dogmen aus einer Perspektive erschöpfen, sondern kontrovers und interessant diskutiert werden. Um einen Zugang für unsere Leserinnen und Leser zu schaffen, möchte ich Sie einladen, ihre Institution kurz vorzustellen und darf mit der Dame beginnen.

Barbara Kolm: Zunächst herzlichen Dank für die Einladung, ich freue mich auf unser Gespräch, das sicherlich spannend sein wird. Das Hayek Institut ist benannt nach dem einzigen österreichischen Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Friedrich August von Hayek, der 1899 in Wien geboren ist und 1974 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde. Hayek hat Österreich leider schon sehr früh (in den 1930er Jahren) verlassen, um nach London und von dort aus nach Chicago zu gehen. Hayek ist ein Ökonom der österreichischen Schule der Nationalökonomie. Diese wurde mit Karl Menger und jenen

Markus Marterbauer, Christian Fridrich & Barbara Kolm (von l. nach r.)

Ökonomen, die sich der Marktwirtschaft und dem Liberalismus verschrieben haben, im Jahre 1870 begründet. Er hat sicherlich viele Generationen von Ökononen und Politikern geprägt, sehr kontroversiell natürlich. Mit zunehmendem Alter ist er von der Ökonomie weg mehr in die Sozialphilosophie gegangen und auch hin zu seiner ursprünglichen Studienrichtung, der Jurisprudenz. Hayek beschäftigte sich intensiv mit der Frage nach den Aufgaben des Staates (Ein Thema, das die österreichische Schule von Anfang an immer begleitet hat und unweigerlich zum Thema Staatshaushalt führt.) und die *Rule of Law*, also die Rechtsstaatlichkeit als Grundvoraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft, auch ein Thema, mit dem wir uns intensiv beschäftigen. Sowohl in philosophischen Betrachtungen Hayeks, als auch in der Auseinandersetzung mit aktuellen ökonomischen oder wirtschaftlichen Problemen muss man erkennen, dass es keine Gleichheit gibt. Natürlich müssen für alle gleiche Rechtsvoraussetzungen da sein, aber wir sind alle – Gott sei Dank – unterschiedlich, wichtig ist Eigenverantwortung, Leistungsprinzip, Wettbewerb. Unser Institut beschäftigt sich also mit den Lehren Hayeks und anderer Proponenten der Österreichischen Schule: es werden aktuelle Fragen, ökonomische und gesellschaftliche Probleme auf Basis dieser Denkschule behandelt.

Markus Marterbauer: Markus Marterbauer, ich arbeite in der Arbeiterkammer Wien. Die Arbeiterkammer ist die gesetzliche Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmen und berät ihrer Mitglieder in arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Fragen, sie hat aber auch Grundlagenabteilungen. Ich leite seit drei Jahren die Abteilung Wirtschaftswissenschaften und Statistik.[1] Vorher war ich 17 Jahre lang am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung tätig. Die Aufgaben unserer Abteilung liegen in der wissenschaftlichen Grundlagenarbeit. Wir sind 14 ausgebildete Ökonomen und Ökonominnen und beschäftigen uns primär mit Fragen der österreichischen und europäischen Wirtschaftspolitik, darunter Budget-, Geld- und Verteilungspolitik. In letzter Zeit arbeiten wir intensiv an der Vermögensverteilung. Ich selber sehe mich seit meinem Studium in einer postkeynesianischen Tradition stehend, die ihren Ausgang mit dem Werk von John Maynard Keynes[2] in den 1930er Jahren genommen hat, der seine Theorie aufgrund des Versagens der neoliberalen Modelle in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre entwickelt hat und in seiner interventionistischen Sichtweise gezeigt hat, dass Märkte nicht von selber wieder aus Krisen herauskommen. Der lange Aufschwung der Nachkriegszeit basiert auf diesen interventionistischen Konzepten von Keynes. Jetzt sind wir in einer ähnlichen Situation wie in den dreißiger Jahren und wieder haben die neoliberalen Politikvorschläge, v. a. von der europäischen Kommission, versagt und das eröffnet Potential für eine Renaissance des Keynesianismus.[3]

Christian Fridrich: Die Grundpositionen sind abgesteckt, das ist sehr schön. Ich habe mir jetzt als weiteren Zugang vorgestellt, Sie zu drei von mir ausgewählten Aussagen aus der Wirtschaft um eine kurze Stellungnahme zu ersuchen. Da gibt es die Aussage: Soziale Gerechtigkeit muss sein[4]. Was sagen Sie dazu Frau Dr. Kolm?

Barbara Kolm: Prinzipiell haben wir ein Problem mit dem Suffix sozial. Gerechtigkeit ist ein sehr dehnbarer Begriff. Wir haben alle unterschiedliche Voraussetzungen, unterschiedliche Talente und das müssen wir auch zur Kenntnis nehmen. Die Idee, dass wir alle gleich sind, ist eigentlich eine sehr naive. Wir haben (alle unterschiedliche Voraussetzungen und) eben unterschiedliche Möglichkeiten und unterschiedliche Ansprüche. Was wichtig ist, ist der gleiche Zugang zu den sich bietenden Möglichkeiten. Also: „Gleiches Recht für alle" – das ist, was die österreichische Schule und was Hayek immer als Grundvoraussetzung für eine freie Gesellschaft erachtete. Soziale Gerechtigkeit aber, von der hier gesprochen wird, die existiert nicht. Gerechtigkeit hier auf Erden ist nicht existent. Das ist naiv, wenn man das annimmt. Man muss dafür sorgen – und das ist auch die Aufgabe der Wirtschaft –, dass die Rahmenbedingungen rechtskonform sind, der Zugang zu diesen Rahmenbedingungen allgemein möglich ist. Aber Gerechtigkeit, das wird nicht funktionieren und dann komme ich noch zu dem Suffix „sozial". Ich kann vor alles „sozial" stellen, soziale Marktwirtschaft, ökosoziale Marktwirtschaft und so weiter. Das ist, um mit Hayek zu sprechen, ein *weasel word*, also ein Wort, das eigentlich leer ist, sehr aus-

[1] http://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaftswissenschaft/index.html (07.09.2015)

[2] http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Oekonomie_Beilage_Falter_2014.pdf (07.09.2015)

[3] http://www.nachdenkseiten.de/?p=17645 (07.09.2015)

[4] Ein Slogan auf der AK-Homepage lautet „Gerechtigkeit muss sein." www.arbeiterkammer.at (20.10.2014)

gehöhlt ist und (eigentlich) von *well meaning people* missverständlich kommuniziert wird.

Markus Marterbauer: Das Thema Gerechtigkeit prägt die Philosophie seit dem Altertum. Bereits Aristoteles hat sich damit intensiv auseinandergesetzt. Die Frage der Gerechtigkeit bildet für die Gesellschaft, in der wir leben, die zentrale Herausforderung. Ich denke, es muss eine wesentliche Aufgabe der Politik sein, für Gerechtigkeit zu sorgen. Viele ökonomische und politische Strömungen, nicht aber Hayek, waren sich darin einig, dass Chancengleichheit ein wichtiger Anspruch ist. Alle Bevölkerungsgruppen sollen unabhängig von ihrer Herkunft ähnliche Chancen haben. Hayek hat sich hingegen explizit gegen Chancengleichheit ausgesprochen. Ich halte es für eine Grundvoraussetzung, dass Kinder aus allen sozialen Schichten die gleichen Möglichkeiten haben. Wir müssen ganz früh beginnen, vor allem Kindern aus Schichten, die nicht so leicht Zugang zum Bildungssystem haben, aktiv zu fördern, um ihnen Lebenschancen zu eröffnen. Besondere Aufmerksamkeit muss Kindern und allen Menschen gewidmet werden, die benachteiligt sind. Das ist der Anspruch des Sozialstaates, der eine der größten Errungenschaften der Geschichte darstellt. Jeder hat Ansprüche an den Sozialstaat und zahlt auch ins Sozialsystem ein. Wir sind nun dennoch wieder in eine Phase enormer Ungerechtigkeit geraten. Das hat auch mit dem Erfolg des Kapitalismus zu tun. Nämlich der langen Akkumulationsphase von Vermögen seit den 1950er Jahren. Thomas Piketty zeigt in seinem bahnbrechendem Buch *Capital in the 21st Century* das enorme Wachstum des Vermögens und die enorme Ungleichheit in seiner Verteilung:[5] In den westlichen Gesellschaften besitzt das oberste Prozent der Haushalte nahezu 40 % des gesamten Vermögens.[6] Daraus resultieren jede Menge Gerechtigkeitsprobleme, auf die wir noch zu sprechen kommen werden.

Christian Fridrich: Ich habe jetzt eine zweite Aussage, die immer wieder auch in der wirtschaftspolitischen Diskussion fällt. Da darf ich Sie, Herr Dr. Marterbauer, ersuchen, gleich zu antworten. Diese Aussage lautet: „Freie Märkte – Freie Menschen"[7].

Markus Marterbauer: Ich glaube zunächst, dass Märkte sehr viele Vorteile haben, das ist aus meiner Sicht auch der stärkste Punkt, den Hayek in seiner Theorie hatte: „Wettbewerb als Entdeckungsverfahrung", das halte ich für eine interessante Erkenntnis. Allerdings führt Freiheit der Märkte nicht dazu, dass auch die Menschen frei sind. Das wird vielfach nicht erkannt. Freie Märkte führen zu ganz unterschiedlichen Möglichkeiten für die Einzelnen. Freiheit bedeutet aber für die Menschen auch vielfältige ökonomische und soziale Möglichkeiten zu haben. Das ist durch freie Märkte nicht garantiert, sondern bedarf des Eingriffs der Gesellschaft. Sie sichert nicht nur die Freiheit, tun zu können, was der Mensch will, sondern auch die entsprechende soziale und materielle Basis für die Umsetzung dieser Wünsche. Die Voraussetzung dafür ist ein leistungsfähiger Sozialstaat, ein Job, von dem man leben kann, eine gute Ausbildung, um wirklich frei sein zu können. Das Gesetz, also die gesellschaftliche Regulierung, schafft Freiheit für die Menschen.

Barbara Kolm: Freier Markt ist Grundvoraussetzung für Wohlstand. Eigenverantwortung bedeutet, dass Menschen selbst entscheiden dürfen und entsprechend handeln dürfen. Wir haben in den letzten Jahrzehnten durch den starken Wohlfahrtsstaat und durch die massiven Eingriffe, durch die starke Regulierung erlebt, dass Menschen von oben herab, von der Politik gesteuert werden. Der Einzelne darf nicht mehr über Versuch und Irrtum erfahren, was für ihn richtig ist. Die Politik, der Staat maßt sich an, besser zu wissen, was gut für seine Bürger ist. Du hast dein Kind von bis in die Schule zu schicken. Du musst dein Kind in dieses und jenes Schulsystem geben. Du musst diese und jene Sozialversicherung nehmen. Du bist verpflichtet dazu, eine Gesundheitsversicherung zu haben und so weiter und so fort. Wir haben in den letzten Jahrzehnten, und da gebe ich dem Kollegen Marterbauer überhaupt nicht Recht, zunehmende Reduktion der individuellen Freiheit erfahren durch enorme staatliche Eingriffe, durch einen Wohlfahrtsstaat, der uns vor uns selbst „beschützt", der uns die Verantwortung abnimmt und uns abhängig macht. Es geht um Rechtsgleichheit, ich glaube, da sind wir derselben Meinung, denselben Zugang aller Menschen zu den Voraussetzungen. Die Voraussetzungen werden aber nicht von der Politik geschaffen. Die Politik kann nur die Rahmenbedingungen festlegen und je weniger die Politik an Rahmenbedingungen festlegt, desto besser und desto freier die Märkte und desto freier auch die Menschen. Ich bin durchaus für einen starken, aber einen limitierten Staat, der nicht bei allem Mitspracherecht hat und nicht alle unsere Schicksale bestimmt. Und abschließend würde ich noch ganz gerne auf die Definition von Freiheit kommen, die ja Hayek auch immer wieder zitiert hat: die Freiheit des Einzelnen hört dann auf, wenn ich dem anderen einen Nachteil zufüge. Das führt zu Eigenverantwortung. Wir haben in den letzten Jahren immer mehr vergessen, dass wir selbst für unser Schicksal verantwortlich sind. Natür-

[5] http://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaftswissenschaften/Thomas_Piketty_Kapital_im_21_Jahrhundert.html (07.09.2015)

[6] http://blog.arbeit-wirtschaft.at/ezb-vermoegenskonzentration (07.09.2015)

[7] *Free markets, free people* lautet ein Slogan auf der Homepage des Hayek Instituts. http://www.hayek-institut.at (20.10.2014)

lich gibt es immer Menschen, die nicht für sich selber sorgen können. Für die haben wir als Gesellschaft (alle Individuen zusammen) eine (soziale) Verantwortung, die wir wahrnehmen müssen. Diese Verantwortung liegt nicht zwangsläufig beim Staat, der Staat muss aber das verantwortungsvolle Handeln des Individuums fördern. Früher hat das ja auch funktioniert. Gesellschaften waren so organisiert, dass Systeme wie Familie, Kirche, Vereinigungen verschiedenster Art soziale Aufgaben übernommen haben. Gehen wir einen Schritt zurück, schauen wir wieder hin, zeigen wir wieder Empathie! Es wird uns allen gut tun!

Christian Fridrich: Die dritte Aussage ist zur freien Assoziation für eine eher knappe, vielleicht pointierte Antwort: Wichtigster Sinn und Zweck des Wirtschaftens und der Wirtschaft ist …

Markus Marterbauer: … den Wohlstand der Menschen zu erhöhen.

Barbara Kolm: … Nutzen zu generieren, den eigenen Nutzen.

Christian Fridrich: Schon in den einleitenden Worten zeigt sich sehr schön, dass es sehr unterschiedliche Auffassungen zu den einzelnen Themen gibt, was ich auch erwartet habe. Wir steigen jetzt in die Diskussion zum Thema „Wem gehört der Wohlstand? Einkommen und Vermögen in Österreich" ein. Obwohl diese beiden Bereiche Einkommen und Vermögen sehr stark verflochten sind, möchte ich ganz einfach aus analytischen Gründen, zunächst mit dem Einkommen in Österreich beginnen. Wir haben es heute schon gehört und ich kann dem auch durchaus zustimmen, dass es Unterschiede im Einkommen in allen Gesellschaften und zu allen Zeiten immer schon gegeben hat. Wenn man aber eine aktuelle Statistik heranzieht, dann wird deutlich, dass sich die Einkommensunterschiede von unselbstständig Erwerbstätigen in den letzten Jahren in Österreich massiv verschärft haben. Ich habe einen Rechnungshofbericht aus dem Jahr 2012[8] vorliegen. In diesem sind Zahlen der Statistik Austria publiziert, die die inflationsbereinigten Einkommen der 25 % der niedrigsten Einkommen wiedergeben – also das erste Quartil. Wenn man den Wert des Jahres 1998 mit 100 % nimmt, so ist dieser Wert im Jahr 2011 auf 83 % gesunken. Wenn man das dritte Quartil hernimmt, also noch nicht das höchste, dann stieg im gleichen Zeitraum dieser Wert von 100 % auf 102 % an. Beim vierten Quartil war es natürlich noch höher. Das leitet über zu meiner Frage: Wie beurteilen Sie diese drastisch ungleiche Einkommensentwicklung?

Markus Marterbauer: Die reine Betrachtung der Arbeitnehmen unterschätzt die Zunahme der Ungleichheit bei weitem, aber auch innerhalb der unselbstständig Erwerbstätigen beobachten wir tatsächlich eine merkliche Auseinanderentwicklung, die drei Gründe hat.[9] Der erste Grund ist ein statistischer, hinter dem sich aber grundlegende Verteilungsfragen verstecken. Wir sehen eine enorme Zunahme der Teilzeitbeschäftigung der Frauen, was mit sehr niedrigen Einkommen einhergeht. Das ist kein rein statistischer Effekt, weil sich ja die Frage stellt, warum die Hälfte der Frauen Teilzeit arbeitet, aber nur ein Zehntel der Männer. Das hängt mit der Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern zusammen. Der zweite wichtige Grund für die zunehmende Ungleichheit innerhalb der unselbstständig Erwerbstätigen ist der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit, vor allem bei Menschen mit nicht ausreichender Qualifikation, was zu schlechteren Einkommenserzielungschancen bei den unteren Einkommensgruppen führt. Je höher die Arbeitslosigkeit, desto schlechter die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und desto geringer die Lohnerhöhungen. Der dritte Grund sind sehr starke Einkommenszuwächse bei den Spitzeneinkommen. Das ist besonders krass in den angloamerikanischen Ländern. Aber wir beobachten auch bei uns sehr stark steigende Einkommenszuwächse bei Managern, vor allem im Finanzbereich. Die Ungleichheit wird noch massiv verschärft, wenn man nicht nur die unselbstständigen Einkommen betrachtet: Die Lohnquote, also der Lohnanteil am Volkseinkommen ist drastisch zurückgegangen. Vor allem seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, in der Phase des spekulativen Finanzbooms. Wenn der Anteil der Löhne am Volkseinkommen zurückgeht, muss ein anderer Anteil steigen. Das waren primär die Vermögenseinkommen, also leistungslose Einkommen aus Finanzvermögensbesitz, Dividendeneinkommen, Zinseinkommen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung. Dies prägt auch die personelle Einkommensverteilung, weil die Besitzeinkommen ganz stark konzertiert auf wenige Personen sind. Gemessen am gesamten Einkommen machen für 95 % der Haushalte die Kapitaleinkommen zwei bis drei Prozent aus, beim obersten Prozent der Haushalte sind es aber 33 %.[10] Das oberste Prozent der Haushalte hat im Monat 8 000 € Kapitaleinkommen, das ist ein Drittel des gesamten Monatseinkommens. Der enorme Anstieg der Kapitaleinkommen seit Mitte der 1990er floss vor allem ganz hinauf in die wenigen obersten

[8] Rechnungshof (Hrsg.) (2012): Bericht des Rechnungshofes – Reihe Einkommen 1/2012. Eigenverlag: Wien. http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2012/berichte/einkommensbericht/Einkommensbericht_2012.pdf (12.10.2014)

[9] http://blog.arbeit-wirtschaft.at/oeffnet-sich-die-schere-zwischen-arm-und-reich-ist-das-ueberhaupt-ein-problem (07.09.2015)

[10] http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2013_39_4/2013_39_4_0571.pdf (07.09.2015)

Prozent der Verteilung und das erhöhte die Ungleichheit der Einkommensverteilung in enormem Ausmaß. Das ist ein Phänomen, das in den angelsächsischen Ländern besonders schlimm ist, dass aber auch bei uns eine große Bedeutung hat.

Barbara Kolm: Ich bin mit Herrn Marterbauer einer Meinung, was die Einkommensungleichheit betrifft, vor allem bei Arbeitseinkommen im unselbständigen Bereich. In Österreich hat sich in den letzten Jahren wirklich Dramatisches entwickelt. Aber ich will ergänzen, dass die Progression einer der Gründe war. Das wird selten berücksichtigt. Das Thema wird im Budgetausschuss diskutiert, aber der Wille für Veränderungen und für die Entwicklung möglicher Lösungen fehlt einfach. Ein weiterer Punkt, den Sie angesprochen haben, ist der hohe Anteil an Teilzeitbeschäftigung bei Frauen. Hier bin ich für eine marktwirtschaftlichere Orientierung: wenn wir uns skandinavische Gesellschaften ansehen, vor allem Norwegen und Schweden, wo Frauen viel mehr Flexibilität haben, sehen wir, dass es für Frauen selbstverständlich ist, im Erwerbsleben zu stehen und dort auch gutes Einkommen zu generieren. In Österreich fehlen hier Rahmenbedingungen, da haben wir viel zu lernen, das sind Fragen des Wettbewerbs und natürlich auch der Marktwirtschaft. Der Staat muss die Rahmenbedingungen stellen, aber weitere Einmischung ist hinderlich. Das heißt natürlich auch, dass man am Steuersystem feilen muss, um die richtigen Settings zu schaffen. Man muss auch am Arbeitsrecht feilen, damit Änderungen möglich sind. Mehr Flexibilisierung und mehr Betriebsvereinbarungen sind nötig, denn – und da komme ich jetzt wieder mit Hayek und dem methodischen Individualismus – der Einzelne weiß selber, was für ihn gut ist, nicht der Staat, der die individuelle Situation ja gar nicht kennen kann. Das ist natürlich ein radikaler Ansatz, weil wir uns über die letzten 80 Jahre daran gewöhnt haben, dass der Staat für alles sorgt und uns Entscheidungen abnimmt. Stellen wir endlich die kritische Frage: Was sind denn eigentlich die Staatsaufgaben? Zur „schlechten" Einkommensverteilung in Österreich möchte ich folgenden Gedanken formulieren. Ich lebe lieber in Österreich, in einem Land, das zu den reichsten Ländern der Welt gehört und habe hier bessere Rahmenbedingungen als in einem Land, wo es weniger Reiche und weniger Wohlhabende gibt. Die statistische Verteilungsgerechtigkeit sagt nämlich nichts über den Lebensstandard aus. Griechenland oder Slowenien wird beispielsweise in einer entsprechenden OECD Statistik wesentlich höhere Verteilungsgerechtigkeit beschieden als Österreich.

Markus Marterbauer: Da kann ich gleich direkt einsteigen. Laut den OECD-Statistiken sind die Länder mit der fairsten Einkommensverteilung oder den geringsten Einkommensunterschieden die skandinavischen Länder und wir folgen dann an der Spitze einer zweiten Gruppe. Das ist tatsächlich das Ergebnis der Rahmenbedingungen, die Sie angesprochen haben. Den skandinavischen Ländern gelingt es zum Beispiel sehr gute Rahmenbedingungen für Frauen zu schaffen, damit sie erwerbstätig werden können und zwar in einem größeren Ausmaß und deshalb auch mit gutem Einkommen. Diese Rahmenbedingungen bestehen in der kommunalen Bereitstellung einer Vollversorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen und zwar nicht nur im Kindergarten, sondern auch im Schulbereich.[11] Dort sieht der Sozialstaat seine Aufgabe darin, allen die Möglichkeit zu eröffnen, ab einem Alter von eineinhalb Jahren eine Vollversorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen zu haben. Das ist ein teures System, aber ein extrem gutes System. Vor allem auch, weil es wieder Kindern zugutekommt, die nicht so leicht den Zugang zu Bildung und Betreuung hätten. Es ist die große Stärke des Sozialstaats, allen die gleichen Möglichkeiten zu eröffnen, ob durch soziale Dienstleistungen, wie die Versorgung mit Kindergärten und Schulen, oder durch das Gesundheitssystem, das allen das gleiche Angebot macht: Wenn man eine Blinddarmentzündung hat, dann erfolgt eine Operation und man braucht das nicht privat zahlen. Das ist eine enorme Verbesserung des Zugangs zu gesundheitlichen Leistungen. Genauso die staatlichen Transferleistungen, die auch für alle gleich sind. Die Familienbeihilfe ist für alle gleich hoch, aber sie nützt vor allem den unteren Einkommensgruppen. Der Sozialstaat ist die beste Antwort auf die zunehmende Ungleichheit, weil er Rahmenbedingungen schafft, die es allen ermöglichen am Erwerbsleben teil zu haben. Ein zweiter wichtiger Punkt für eine gerechtere Einkommensverteilung ist eine aktive Beschäftigungspolitik. Vollbeschäftigung ist das beste Instrument für gerechte Einkommensverteilung. Sie sollte im Mittelpunkt der Politik stehen. Wir haben zum letzten Mal Vollbeschäftigung 1982 gehabt, im Ausgang der Ära Kreisky und seitdem steigende Arbeitslosigkeit und jetzt gerade in der neoliberalen Finanzkrise den stärksten Anstieg der Arbeitslosigkeit, den wir jemals hatten. Der dritte Punkt in Bezug auf die Verteilung ist die Lohnpolitik. Das österreichische System privater Vereinbarungen zwischen den Kollektivvertragspartnern hat viele Vorteile.[12] Es verhandeln die Gewerkschaften mit den entsprechenden Vertretern der Unternehmen, ohne Einfluss des Staates, das ist die Tarifautonomie. Wenn es über solche Kollektivverträ-

[11] Gosta Esping-Andersen (2009): The Incomplete Revolution. Adapting Women´s New Roles, Cambridge.

[12] http://blog.arbeit-wirtschaft.at/das-osterreichische-lohnverhandlungssystem-uberlegen-aber-gefahrdet (07.09.2015)

Markus Marterbauer, Christian Fridrich & Barbara Kolm (von l. nach r.)

ge gelingt die Mindestlöhne kräftig anzuheben, etwa jetzt auf 1 500 € für Vollzeitbeschäftigung, dann führt dies zu einem Sprung bei den unteren Einkommensgruppen. Es gibt also eine Vielzahl von Instrumenten die Einkommensverteilung gerechter zu machen: Die Lohnverhandlungen, den Sozialstaat, die Vollbeschäftigungspolitik. Das was die Skandinavier etwa im Sozialstaat noch besser machen als wir, kann man übernehmen.[13]

Barbara Kolm: In Skandinavien sind sowohl im Gesundheits- als auch im Bildungsbereich sehr viele PPP-Modelle[14] enthalten. Ein weiterer Vorteil, der auch marktwirtschaftlichen Ursprungs ist: Für Bildung und Kinderbetreuung gibt es dort Schecks, man kann also damit flexibel gestalten. Herr Marterbauer, Sie haben Kreisky zitiert und sein Streben nach Vollbeschäftigung um jeden Preis. Aus meiner Sicht liegt hier der Beginn unserer aktuellen Probleme.

Markus Marterbauer: Die Budgetdefizite waren unter Kreisky im Durchschnitt niedriger als unter Schüssel.

Barbara Kolm: Es ist damals die Staatsverschuldung zum ersten Mal angestiegen und man ist von der Regel der Haushaltsfinanzierung, der guten alten Regel des ausgeglichenen Staatshaushaltes abgewichen. Wer zahlt nun diesen Preis? Es ist im Endeffekt der Steuerzahler und der Bürger, der dann wieder durch Mittel der Umverteilung zur Kasse gebeten wird. Wenn Sie sagen, Privatautonomie und private Vereinbarungen, da mischt sich der Staat nicht ein, dann muss ich sagen: wenn zwei Institutionen, wie die Wirtschaftskammer und die Arbeiterkammer, die im Verfassungsrang sind, Vereinbarungen treffen, dann ist das nicht ganz so privat und nicht ganz so ohne Einfluss, wie wir glauben gemacht werden. Ich meine, das ist schon das Schattenkabinett.

Christian Fridrich: Eben ist eine OECD-Studie angesprochen worden. Ich habe auch eine OECD-Studie von 2014[15] mitgebracht. Diese kommt zu dem Schluss, dass in Österreich auch die Mittelschicht – und sie definiert die Mittelschicht als die drei mittleren Fünftel der Haushalte – im Jahr 2009 weniger am gesamten Einkommenskuchen verdienen als noch 1993. Es war auch in der Tageszeitung „Der Standard" damals ein Thema unter dem Titel des zunehmenden Drucks auf den Mittelstand[16]. Das diesbezügliche Resümee aus dem Standard: Der blecherne Mittelstand. Tatsache ist, dass Österreich laut dieser OECD-Studie zu den Staaten gehört, wo sich Einkommensunterschiede verschärfen und nicht verringern. Die OECD-Studie ist in englischer Sprache, ich habe sie also wörtlich übersetzt. Eine Conclusio daraus auf Deutsch sagt also wörtlich: „Ansteigende Einkommensunterschiede werden auch von größerer Polarisierung im Bildungs- und Gesundheitsbereich begleitet, was einen Teufelskreis von Exklusion und Ungleichheit aufrechterhält."[17] Das ist etwas, was Sie auch schon angesprochen haben, dass Probleme ja nie in der Sphäre der Wirtschaft bleiben, sondern immer auch in das Soziale gehen und dass starke sozio-ökonomische Zusammenhänge existieren. Aber jetzt meine Frage: Können sie dieser Conclusio der OECD-Studie zustimmen? Diese wirtschaftliche Polarisierung bringt natürlich auch starke Polarisierungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich mit sich und erhält den Teufelskreis von Exklusion und Ungleichheit aufrecht.

Markus Marterbauer: Ich kann dem auf jeden Fall zustimmen. Die Wirtschaft ist kein separates System, sondern Teil enger Verflechtungen in der gesamten Gesellschaft. Wilkinson und Pickett[18] haben in ihrem wichtigen Buch *The Spirit Level* gezeigt, welche enormen Auswirkungen zunehmende Ungleichheit auf die soziale und gesellschaftliche Qualität des Zusammenlebens hat. Die Herzinfarktraten, um das auf den Punkt zu bringen, sind in Ländern mit hoher Einkommensungleichheit viel höher als in anderen Ländern. Und zwar sowohl bei den Reichen, als auch bei den Armen. Es hilft allen, wenn die Verteilung fairer ist und das betrifft nicht nur die Herzinfarktrate, sondern ebenso die Teenagerschwangerschaften, den Anteil der Gefängnisinsassen an der Bevölkerung und viele andere Sozialindikatoren. Es besteht ein ganz

[13] http://www.hanser-literaturverlage.de/buch/zahlen-bitte/978-3-552-06173-6 (07.09.2015)

[14] Unter Public-private-Partnership (PPP) versteht man eine Kooperation zwischen der öffentlichen Hand und Privatunternehmen, die vertraglich geregelt ist und in der Arbeitsteilung vorgenommen wird.

[15] OECD (Hrsg.) (2014): All on board. Making inclusive growth happen. http://www.oecd.org/inclusive-growth/All-on-Board-Making-Inclusive-Growth-Happen.pdf (11.11.2014)

[16] Der Standard (Ausg. v. 10./11.5.2014): Druck auf den Mittelstand wächst. Wien, 13.

[17] OECD 2014, 10 (siehe Fußnote 15).

[18] Wilkinson, Richard & Kate Pickett (2011): The Spirit Level: Why Equality is Better for Everyone. London: Penguin.

enger Zusammenhang zwischen der Ungleichheit der Einkommensverteilung und gesellschaftlichen Indikatoren. Es spricht deshalb alles dafür, für eine fairere Einkommensverteilung zu sorgen. In Gesellschaften, die trotz anhaltender Finanzkrise so reich sind wie nie zuvor ist von den wirtschaftlichen Möglichkeiten her selbstverständlich eine gerechtere Gesellschaft noch leichter möglich, es scheitert eher an den Machtverhältnissen und am politischen System. Von einer gerechteren Gesellschaft profitieren alle, das ist das Ergebnis von Wilkinson und Pickett und auch der von Ihnen zitierten OECD-Studie.

Barbara Kolm: Ich möchte diese Polarisierung zwischen Arm und Reich und die so genannten Ungerechtigkeiten auf die Seite stellen. Sie haben vollkommen Recht, wenn Einkommen und Vermögen ungleich verteilt sind, dann gibt es auch einen ungleichen Zugang zu Bildung und zu Gesundheit und zu allen anderen Systemen. Das ist außer Zweifel. Deswegen plädiere ich dafür zu sorgen, dass es allen gut geht. Es wird immer die oberen 10 % und die unteren 10 % geben. Das sind Fakten. Mehr Wohlstand für alle entsteht nicht, indem diejenigen, die besonders produktiv sind, egal ob jetzt im Angestelltenverhältnis oder als Eigentümerunternehmer oder wie auch immer, noch mehr besteuert werden. Frankreich ist das beste Beispiel dafür, wie die Gesamtwirtschaft dasteht, wenn große Unternehmen das Land verlassen, um ihren Produktions- und Steuersitz woanders zu haben. Der Standort nimmt Schaden und dem Land entsteht Schaden und damit natürlich auch dem Einkommen für die vielen Bürger, die einem abgewanderten Konzern ja nicht folgen können. Ich glaube, diese sogenannte faire Einkommensverteilung werden wir nicht erreichen. Das ist ein frommer Wunsch, aber ich glaube, man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass es keine Fairness, in diesem Sinne auf der Welt gibt. Wir müssen für die rechtlichen Rahmenbedingungen, die *Rule of Law* sorgen und dass diese für alle gleichermaßen gültig ist. Damit Cronyism[19], der zu Recht angeprangert wird, der auch die Finanzkrise mitverstärkt hat, hintangehalten wird.

Markus Marterbauer: Ich kann mich insofern anschließen, als ich auch glaube, dass man Leistungseinkommen nicht zusätzlich besteuern sollte. Was aber zur Zunahme der Ungleichheit besonders beigetragen hat, waren ja die leistungslosen Einkommen, die Kapital- und Besitzeinkommen, für die man nicht arbeiten muss. Die sind davongewachsen und dort haben wir die Notwendigkeit, die Steuern zu erhöhen, auch aus Fairnessgründen. Das würde eine Entlastung für die Leistungseinkommen aus selbstständiger oder unselbstständiger Arbeit ermöglichen: Wir brauchen eine Umstellung des Steuersystems, in Richtung Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und Vermögenseinkommen aus Gründen der ökonomischen Effizienz, der Verbesserung der Anreize, weil Leistung belohnt und Nichtleistung bestraft werden soll.[20] Aber auch aus Gründen der Fairness, weil 95 % der Bevölkerung ja primär vom Arbeitseinkommen leben und nur eine ganz kleine Schicht nennenswerte Anteile an Kapitaleinkommen hat. Aus meiner Sicht, muss es ein zentrales Anliegen der Wirtschaft und der Gesellschaft sein, für faire Verhältnisse zu sorgen, für eine gerechte Gesellschaft zu sorgen. Eine Gesellschaft, die diesen Anspruch nicht mehr hätte, die würde sich selbst aufgeben.

Barbara Kolm: Noch einmal, Gerechtigkeit ist ein Ideal, dem man sich annähern kann, aber sie wird niemals absolut sein, in welcher Gesellschaft auch immer. Es gibt keine Gerechtigkeit.

Markus Marterbauer: Die streben wir aber an.

Barbara Kolm: Ja, man muss es auch zur Kenntnis nehmen, dass es sie nie geben wird, leider.

Markus Marterbauer: Das verstehe ich nicht. Wir beobachten ja ganz unterschiedliche Gesellschaften: Die skandinavischen Länder haben eine viel gerechtere Verteilung, als sagen wir, Südkorea. Warum kann man dann nicht sagen, wir streben skandinavische Verhältnisse an?

Barbara Kolm: Aber trotzdem werden wir nie alle gleich sein.

Markus Marterbauer: Davon spricht ja niemand, dass wir alle gleich sind, aber man kann mehr Gerechtigkeit und eine größere Gleichheit anstreben.

Barbara Kolm: Naja also mir ist es lieber, ich habe mehr Reiche, mehr Wohlhabende, mehr Leistungsträger, weil damit in der Gesellschaft auch für Ärmere mehr Möglichkeiten entstehen.

Markus Marterbauer: Die reichsten Gesellschaften sind doch die, in denen die Verteilung gerechter ist. Die skandinavischen Länder und Österreich weisen die höchste Wirtschaftsleitung pro Kopf auf, d. h. man kann beides erreichen: Hohen Wohlstand und gleiche Verteilung. Diese beiden Phänomene sind Zwillinge. Die Länder mit großer Ungleichheit, Chile zum Beispiel, haben auch niedrige Pro-Kopf-Einkommen; oder in vielen afrikanischen Ländern: niedrige Pro-Kopf-Einkommen, enorme Ungleichheit in der Verteilung. Gleichheit und Wohlstand sind Zwillinge.

Barbara Kolm: Chile, das ja sicherlich noch vor 30, 40 Jahren eines der ärmsten Länder der Welt war, gehört mittlerweile zu den wohlhabendsten Ländern der Welt. Es ist auf dem Index des *Economic Freedom* sehr weit hinaufgestiegen, auf Platz 7.

[19] Vetternwirtschaft

[20] http://www.erbschaften-besteuern.at (07.09.2015)

Markus Marterbauer: Die größte Ungleichheit, die es überhaupt innerhalb der Industrieländer gibt.
Barbara Kolm: Trotzdem hat das Land Wohlstand dazugewonnen. Die Armen, die früheren Armen haben mittlerweile alle ein Pensionseinkommen.
Markus Marterbauer: Die haben nicht einmal den Zugang zu den Hochschulen, zu Bildungssystemen, die Jugendlichen müssen streiken, damit sie einen Bildungsplatz bekommen. Diktatur zahlt sich halt einfach nicht aus. Ich weiß, Friedrich August Hayek war ein großer Fan von Pinochet.
Barbara Kolm: Auch das stimmt nicht.
Markus Marterbauer: Freilich hat er ihn unterstützt. Wir kennen alle die Leserbriefe an die *Times*, wo er schreibt, er unterstützt den Diktator Pinochet.
Barbara Kolm: So ist es nicht formuliert worden.
Markus Marterbauer: Ich schicke ihnen gerne die Zitate[21].
Barbara Kolm: Zurück zum Thema: Wir sind eigentlich von einem Steuersystem ausgegangen und von Marktwirtschaft beziehungsweise Kapitalismus – Grundvoraussetzung wirtschaftlichen Handelns, um Wohlstand für alle zu erreichen. Kapitalismus bedeutet nichts anderes als Eigentumsrecht zu wahren und Eigentum ist etwas, was prinzipiell positiv bewertet wird und was wir für uns alle in Österreich wünschen. Deshalb darf Kapitalismus nicht durch ein Steuersystem bestraft werden, denn dann wird es kein Wirtschaftswachstum geben. Das Ziel, Wohlstand für alle, wird ohne starke Eigentumsrechte nicht zu erreichen sein. Darum sind Rahmenbedingungen, Rechtssicherheit so wichtig. Mit der Frage nach den Staatsausaufgaben muss auch die Frage nach deren Finanzierung gestellt werden, denn nur mit Geld drucken allein ist es ja nicht getan. Was kann der Staat und was die Privaten, was können unter Umständen PPP-Modelle? Das Leben ist nicht schwarz-weiß. Es gibt auch gesunde und gute Mischformen, die durchaus erfolgreich sind und die gilt es auch umzusetzen. Ohne hart an die Ideologie heranzusegeln, müssen wir bereit sein, *Best Practice*s für Österreich zu adaptieren. Es gibt, wie wir zuerst schon gesagt haben, in Skandinavien gute Beispiele, aber es gibt in anderen Staaten, die sehr konservativ regiert worden sind oder regiert sind, auch gute Beispiele, um Menschen aus der Armut zu holen und für Wohlstand für alle zu sorgen.

Christian Fridrich: Ich möchte jetzt etwas thematisieren, was im Verlauf dieser Diskussion schon angesprochen wurde. Nachdem das in Österreich aber besonders drastisch ist, habe ich das als eigene Frage formuliert und zwar die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede in Österreich. Die Statistik Austria hält auf ihrer Website fest: „Im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten zählt Österreich zu den Ländern mit den größten geschlechtsspezifischen Lohn- und Gehaltsunterschieden“[22] und sie führt auch die Zahlen an, nach der der Gender-Pay-Gap der Bruttostundenverdienste in Österreich 2012 genau 23,4 % ist. Das heißt also, die Frauen verdienen für vergleichbare Arbeiten 23,4 % weniger als Männer. Ich meine, dass wir das alle ungerecht finden. Das ist klar, das brauchen wir nicht zu diskutieren. Meine Frage an Sie ist: Wie soll diese Problematik gelöst werden? Soll man das der freien Hand des Marktes überlassen oder sind da staatliche Eingriffe sinnvoll?
Barbara Kolm: Mir ist lieber, wir überlassen das den Märkten, denn wir haben ja gesehen, dass Genderregulierungen und Vorschriften noch nicht das erwünschte Ergebnis gebracht haben. Wenn wir uns Literatur ansehen, beispielsweise Harriet Taylor und John Stuart Mill, die vor ein paar Hundert Jahren, im *Scottish Enlightenment*, über die Gleichberechtigung der Frau diskutierten, über den Zugang der Frauen zum Arbeitsmarkt und zur Wirtschaft, dann sind wir in Mittel- und Westeuropa beschämend wenig vorangekommen. Wir haben es immer noch nicht geschafft. Ich finde es begrüßenswert, wenn Initiativen aus der Wirtschaft herauskommen, um dieses Problem anzugreifen. Wenn es von oben diktiert wird, dann ist der Effekt derselbe, wie bei verordneten Mindestlöhnen: Denjenigen, denen geholfen werden soll, werden neue Hürden aufgestellt, weil der Zugang zum Arbeitsmarkt reduziert wird, weil sich irgendwann einmal die Unternehmen das einfach nicht mehr leisten können. Dennoch, die Ziffer selber ist dramatisch und es ist vielen gar nicht bewusst.

Christian Fridrich: Darf ich eine Verständnisfrage dazu stellen? Sie sagen pointiert resümiert: Die Märkte werden das richten. Die Märkte sind ein Konstrukt, das nicht handlungsfähig ist. Handlungsfähig sind nur Akteu/innen und Akteure, und auch wenn wir den methodischen Individualismus betrachten, dann wird damit Ähnliches verstanden, nämlich dass Akteu/innen und Akteure handeln. Wer sind dann die Märkte?
Barbara Kolm: Der Arbeitsmarkt, Unternehmen, Arbeitgeben und Arbeitnehmen. Freiheit bedeutet, dass die Marktteilnehmer selbstbestimmte Vereinbarungen treffen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann gehen wir konform in der Ansicht, dass Vereinbarungen auf privater Ebene vernünftig sind. Für mich spielt hier auch der Wettbewerb eine große Rolle und

[21] http://blog.arbeit-wirtschaft.at/boeser-hayek/#more-7100 (07.09.2015)

[22] Statistik Austria (Hrsg.)(2014): Einkommen. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/gender-statistik/einkommen/index.html (05.11.2014)

auch wieder die Rahmenbedingungen. Mit positiven Anreizen kann sehr viel erreicht werden.

Markus Marterbauer: Ich kann mich der Meinung anschließen, dass die Zahlen beschämend sind und ich glaube, die Mittel dagegen, die müssten aus einer Kombination von staatlichen Rahmenbedingungen und Marktkräften bestehen. Bei den staatlichen Rahmenbedingungen möchte ich nur noch einmal die Krippen, Kindergärten und Ganztagsschulen erwähnen: Wenn es hier eine Vollversorgung gibt, dann haben Frauen viel bessere Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben des österreichischen Sozialstaates, sich hier weiter zu entwickeln. Marktkräfte können durchaus dazu beitragen, die Fraueneinkommen zu erhöhen: Wenn es endlich Knappheit an Arbeitskräften geben würde, dann würden sich die Unternehmer massiv darum bemühen müssen, Menschen für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, die sich von den Rahmenbedingungen her nicht so leicht tun, weil sie Betreuungspflichten haben oder ihre Ausbildung nicht so gut ist. Das würde auch zu höheren Einkommen führen. Wir haben das in der ersten Hälfte der 1970er Jahre gesehen, als Arbeitskräftemangel herrschte: Die Unternehmen haben Betriebskindergärten ausgebaut, damit Frauen auf den Arbeitsmarkt kommen können. Die Voraussetzung für eine positive Rolle der Märkte ist also Vollbeschäftigung, wofür Wirtschaftspolitik sorgen kann. Wenn es Arbeitskräfteknappheit gibt, dann können die Märkte diese Rolle hervorragend spielen. Wir benötigen also eine Kombination von staatlichen Interventionen, die Vollbeschäftigung herstellen, und den Marktkräften, die dann für steigende Einkommen der benachteiligten Gruppen, darunter die Frauen, sorgen.

Christian Fridrich: Es ist ja schon von der Einkommensbesteuerung gesprochen worden, nämlich in Bezug auf Arbeit und in Bezug auf Vermögen. Ich möchte das mit einem Beispiel zuspitzen. Unselbstständige müssen bis zu 50 % Einkommenssteuer zahlen und es gibt auf der anderen Seite Konzerne wie zum Beispiel Google, Apple und Amazon, die durch Steuervermeidungsstrategien offizielle Schlupflöcher ausnützen und damit in Summe rund 100 Milliarden Dollar im Jahr in den USA und in Europa sparen. Das war zum Beispiel eine Meldung von Bloomberg[23] vom 16. September 2014. Auch die OECD will dagegen ankämpfen. Wie beurteilen Sie diese extreme Ungleichlage zwischen – sagen wir einmal – der Normalverdienerin bzw. dem Normalverdiener von der Straße und den mächtigen transnationalen Konzernen?

Markus Marterbauer: Ich halte das für ein sehr großes Problem und endlich legt die internationale Politik, sie haben die OECD zitiert oder auch die G20 Augenmerk auf dieses Problem. Wir brauchen internationale Regeln, die dann für alle Unternehmen gelten und diese Steuervermeidungspraktiken abstellen. Das bedarf des Schließens von Steueroasen, der Transparenz auch von Gewinneinkommen und Kapitaleinkommen, eigentlich all das, was auf nationalstaatlicher Ebene bei der Besteuerung der Löhne geschaffen wurde.[24] Bei den Lohnsteuern haben wir ein transparentes System: Löhne und Lohnsteuer werden automatisch dem Finanzamt gemeldet. Bei der Unternehmensbesteuerung oder den Vermögenseinkommen sind wir davon ganz weit entfernt, weil die Unternehmen globalisiert und die Vermögenden politisch mächtig sind und sich aussuchen können, ob und wo sie ihre Gewinne melden. Hier brauchen wir viel striktere Regeln, die Vorstöße gehen in die richtige Richtung. Aber es ist natürlich primär eine Machtfrage, auch weil Multis und Reiche besseren Zugang zu Medien haben, insgesamt sehr mächtig sind. Noch mehr Transparenz, das Schließen der Steueroasen und eben Koordination der Steuerpolitik zwischen den einzelnen Ländern kann hier Fortschritt schaffen.

Barbara Kolm: Gegen Transparenz ist nichts einzuwenden. Wogegen ich mich wehre, ist Steuerharmonisierung. Diese *One size fits all*-Politik hat immer nur zu noch höheren Steuern geführt, nämlich für alle. Nie zu Steuersenkungen. Das heißt umgekehrt, Steuerwettbewerb ist ein ganz wichtiger Aspekt für Unternehmen und für Arbeits- und Wirtschaftsstandorte. Wogegen ich mich auch ganz deutlich ausspreche und ich glaube, da sind wir auch einer Meinung, das ist Steuerhinterziehung. Da wird sicherlich international viel getan. Aber Steuerwettbewerb ist ein wesentlicher Aspekt und sollte auch für multinationale Unternehmen gelten. Das Beispiel Google wurde angesprochen, nicht erwähnt wurde, dass Irland einen enormen Pro-Kopf-Einkommenszuwachs durch diese Ansiedelungen von Betrieben und Unternehmen dieser Art lukriert. Das Wirtschaftswachstum im Land ist also gewaltig gestiegen und der Wohlstand im Land ist auch gestiegen. Wir können uns noch erinnern, Irland war, als es zur EU gekommen ist, der *Sick man of Europe*. Mittlerweile hat sich Irland wieder gefangen. Das inflationsbereinigte Pro-Kopf-Einkommen lag 1980 bei USD 14 900 pc, heute bei knapp unter

[23] Bloomberg (Hrsg.) (2014): Google-Style Tax Dodging Targeted as OECD Drafts Battle Plan. http://www.bloomberg.com/news/2014-09-16/google-style-tax-dodging-targeted-as-oecd-draws-up-battle-plan.html (A 15.11.2014)

[24] Zucman Gabriel (2014): Steueroasen. – Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird. Frankfurt 2014. http://www.suhrkamp.de/buecher/steueroasen-gabriel_zucman_6073.html (07.09.2015)

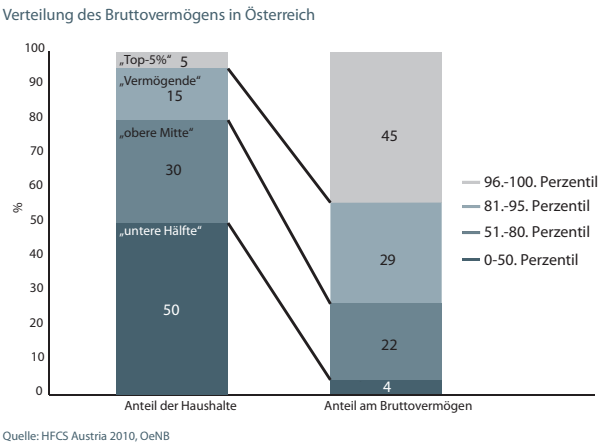

Abb. 1: Vermögensverteilung in Österreich (Quelle: BMASK, Sozialbericht 2011/2012, 259)

USD 40 000 pc[25]. Bono, der Sänger von U2, der einer jener ist, die für Gerechtigkeit auf dieser Welt stehen, hat ganz klar gesagt, dass „die Politik von Google, Facebook, Apple und so weiter sich an den irischen Küsten anzusiedeln, gut ist, denn nur Wirtschaftswachstum hilft allen. Es hat noch nie so viele Ärzte und nie so viele Krankenhäuser, Firmen und Lehrer in Irland gegeben wie heute“. Weil – und die Grafik zeigt das – die Einkommen massiv durch diese Unternehmen gewachsen sind. Die Unterscheidung zwischen Hinterziehung und Vermeidung, das ist ein Punkt, ein anderer ist die Möglichkeit für jedes Land seinen *Tax code* selbst zu gestalten und damit am Wettbewerb um Arbeitskräfte, um Unternehmen, um den Wirtschaftsstandort, um Innovationen teil zu haben. Die *One size fits all* Politik hat stets dazu geführt, dass wir alle mehr zahlen.

Markus Marterbauer: Ich halte es für absurd, dass wir mit europäischen Mitteln die irische Volkswirtschaft retten müssen, weil dort die Banken wie verrückt spekuliert haben und gleichzeitig ziehen die Iren mit einem Körperschaftssteuersatz von 12,5 % uns die Steuerbasis weg. Das kann keine solidarische Form des Ausgleichs in Europa sein, also wir brauchen selbstverständlich Mindeststandards bei der Körperschaftssteuer. Die müssen nicht einheitlich für alle sein. Man kann Regeln treffen, dass Länder, die beim Pro-Kopf-Einkommen noch niedriger sind, einen gewissen Spielraum haben, um auch Unternehmensansiedlungen zu organisieren, aber es kann nicht sein, dass einzelne Länder legale Steueroasen schaffen und wir und alle anderen diese Länder dann retten müssen, weil sie sich verspekulieren.

[25] http://freedomandprosperity.org/wp-content/uploads/2014/10/Ireland-Economic-Performance.jpg (07.09.2015)

Barbara Kolm: Stimmt. Die Politik hat den Banken das Versprechen gegeben, sie auszubailen[26]. Die haben gezockt, man hätte sie pleite gehen lassen müssen.

Markus Marterbauer: Weil das Bankensystem nicht vernünftig reguliert war. Ausschließlich die fehlende Regulierung der Banken war das Problem.

Barbara Kolm: Nein, die haben gezockt, die hätten ja auch gezockt, wenn sie reguliert worden wären.

Markus Marterbauer: Die hätten dann gar nicht mehr zocken dürfen.

Barbara Kolm: Wem keine Konsequenzen drohen, weil politische Versprechen gemacht wurden, der wird sich durch Regulierungen nicht vom Zocken abhalten lassen. Hätte man diese Banken Pleite gehen lassen, wäre es ein schmerzhafter Prozess gewesen, aber auch für die Volkswirtschaft zu verkraften. Ich bin nicht der Verteidiger der Konzerne, ich bin eine Verteidigerin des Mittelstandes und der eigentümergeführten Unternehmen. Das ist eigentlich auch die Struktur, die wir in Österreich haben und die viele Arbeitsplätze schafft. Der Mittelstand trägt Risiko und gemeinsam mit ihren Arbeitnehmern tragen Unternehmer zu Leistung und Wohlstand in Österreich bei.

Christian Fridrich: Ich darf nun zum zweiten Themenbereich dieses Abends kommen: Vermögen in Österreich. Dazu habe ich eine Grafik[27] mitgenommen, die auch zu dieser Frage abgedruckt werden wird. Diese Grafik stammt von der Nationalbank aus einer Studie über die Vermögensverteilung in Österreich. [Siehe Abb. 1. Anmerkung der Redaktion].
Die Abbildung sagt im Wesentlichen aus, dass die Top-5 % der österreichischen Bevölkerung fast die Hälfte des Vermögens besitzen, während die Hälfte der Bevölkerung fast nichts besitzt. Finden Sie das gerecht?

Markus Marterbauer: Naja, ich finde es nicht gerecht. Das zentrale Problem der unfairen Verteilung ist die extreme Vermögenskonzentration. Das ist übrigens ein Bild, das sich in vielen anderen europäischen Ländern auch recht ähnlich darstellt. Es ist vor allem auch deshalb ungerecht, weil diese enorme Konzentration der Vermögen ja nicht nur bedeutet, dass die Menschen, die das Vermögen von ihren Eltern erben, ganz andere Ausgangsbedingungen für sich selber haben, sondern weil es auch negativen Einfluss auf die Gesellschaft hat.[28] Denn damit ist eine sehr große Ungleich-

[26] *Bail out* bedeutet, aus der Klemme helfen. Zum Beispiel übernimmt der Staat die Schulden von Dritten bei Zahlungsunfähigkeit.

[27] Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.) (2012): Sozialbericht 2011-12. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. Wien: Eigenverlag, 259; Daten: HFCS 2010, OeNB.

[28] http://blog.arbeit-wirtschaft.at/ein-promille-gesellschaft (07.09.2015)

heit in der Machtverteilung verbunden, im Zugang zum politischen System, zu den Medien, die Großteils auch privat sind. Es hat enorme Auswirkungen auf die Gesellschaft und vor allem auch auf die Demokratie, weil der Einfluss dieser kleinen Schichten an Vermögenden enorm hoch ist und weil die alte Vorstellung der Demokratie – „eine Person eine Stimme" – damit ausgehebelt wird, die Machtverhältnisse sind in Wahrheit ganz anders. Dennoch ist in Österreich die untere Hälfte nicht arm. Bei uns braucht man glücklicherweise nicht notwendigerweise Eigentum an der Wohnung haben, in der man wohnt, um trotzdem gut wohnen zu können. Wir haben über den Sozialstaat ein sehr gutes System des genossenschaftlichen und kommunalen Wohnbaus entwickelt, Mietwohnungen zum Großteil, sodass die Hälfte der Bevölkerung in Mietwohnungen lebt und 95 % des Neubaus in Wien im geförderten Wohnbau stattfinden. Man benötigt in Österreich auch kein großes Sparbuch, um in der Pension gut leben zu können. Wir haben zum Glück eine gute gesetzliche Pensionsversicherung, die ohne große Ersparnisse aufbauen zu müssen, den Lebensstandard im Alltag sichert. Dennoch stellt die Vermögenskonzentration ein ernstes Problem dar. Thomas Piketty warnt ja vor einer Ungleichheit in der Vermögensverteilung wie zu Ende des 19. Jahrhunderts. Das war eine Gesellschaft, die wir uns wirklich nicht wünschen können, wo nämlich die obersten 10 %, 90 % des gesamten Vermögens besessen haben. Das wurde dann vererbt und so entstand eine reine Klassengesellschaft, die sich über Vererbung fortschrieb. Eine schmale Schicht von besitzenden Klassen und der Rest sind Dienstboten für diese Besitzenden. Das ist eine Gesellschaft wie wir sie nicht wollen. Deshalb muss es ein zentrales Ziel sein, die Vermögenskonzentration zu verringern und das geht aus meiner Sicht nur über eine Besteuerung der Vermögenssubstanz.[29] Deshalb trete ich für Vermögenssteuern ein, die diese enorme Ungleichheit verringern und die finanziellen Spielräume zur Entlastung der Leistungseinkommen aus Arbeit und Verbesserungen im Sozialstaat, die für mehr Gerechtigkeit sorgen können, schaffen.

Barbara Kolm: Ich bin sofort für eine Entlastung der Einkommen aus Arbeit. Die Besteuerung der Vermögen muss man kritisch hinterfragen und klären, welche Teile schon besteuert wurden, damit es nicht doppelt und dreifach und vierfach besteuert wird - das ist eine grundsätzliche Frage. Wichtig in diesem Zusammenhang ist für mich die Frage, wie Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden. Wie können wir es schaffen, dass Durchlässigkeit, wie wir sie von Amerika und vielen anderen Gesellschaften her kennen, wo wirklich innerhalb von Generationen …

Markus Marterbauer: Die USA haben die geringste Durchlässigkeit, die es überhaupt gibt.

Barbara Kolm: Schauen Sie sich die Top 500 aus dem *Forbes*[30] an, da sind von denen, die vor 30 Jahren noch drinnen gestanden sind, nur mehr noch ganz wenige dabei und wenn man sich anschaut, wer vor 50 Jahren drinnen gestanden ist, da gibt es glaube ich überhaupt nur mehr drei Unternehmen.

Markus Marterbauer: Das sind die Unternehmen, soziale Durchlässigkeit bezeichnet ja die Möglichkeit für Menschen von unten nach oben zu kommen. Das ist in den USA fast überhaupt nicht der Fall.

Barbara Kolm: Selbstverständlich ist das der Fall. Die USA sind eine Gesellschaft in der das Anstreben von Wohlstand und Reichtum positiv bewertet wird.

Markus Marterbauer: Das Ziel meiner Institution ist, Wohlstand für alle zu schaffen.

Barbara Kolm: In dem man den einen etwas nimmt, um es den anderen zu geben schafft man zwar Umverteilung, aber man erreicht keinen Mehrwert.

Markus Marterbauer: Durch mehr Gleichheit entsteht mehr Wohlstand.

Barbara Kolm: Durch mehr Gleichheit entsteht nicht Mehrwert. Wenn ich 100 habe und nehme 50 weg und gebe sie denen, die vorher null gehabt haben, dann ist die Summe immer noch 100. Ziel muss aber sein, dass die Summe wächst.

Markus Marterbauer: Wir reden von einem dynamischen Wirtschaften, sie haben ja einen völlig statischen Wirtschaftsbegriff.

Barbara Kolm: Wenn ich es der einen Seite wegnehme und umverteile, dann schaffe ich deswegen leider keinen Mehrwert. Da schaffe ich keine Produktivitätszuwächse und genau darum sollte es ja eigentlich gehen. Ungleichheit ist nicht zu leugnen, das sind Fakten. Aber es geht darum, dass man alles weiter nach oben bringt. Das geht nicht durch Umverteilung, sondern das geht durch richtige Anreize. Wir sind uns vermutlich einig, dass die Anreize sicherlich im Bildungsbereich liegen: Zugang dazu zu schaffen, Möglichkeiten zu geben und auch Risiko zu nehmen, unternehmerisch tätig zu sein. Es ist nicht jeder ein geborener Unternehmer, aber in der Wirtschaft teilzuhaben und dort auch ordentlich zu verdienen und sich auch ein Vermögen aufzubauen darf nicht durch falsche Anreize behindert werden. Sie haben zuerst das Thema Eigentumswohnungen und den Wohnungsmarkt in Österreich angesprochen. Ich meine, dass eine Gesellschaft wo es mehr Eigentum gibt, anzustreben ist. Der Unterschied zwischen Besitz und Eigentum, wie im alten deutschen Recht definiert, nämlich

[29] http://blog.arbeit-wirtschaft.at/piketty-warum-eine-globale-vermoegenssteuer-hilft-die-ungleichheit-zu-verringern (07.09.2015)

[30] US-amerikanisches Wirtschaftsmagazin

den Willen eine Sache für sich zu behalten oder nur zu besitzen und auf der anderen Seite auch zu vermehren, muss definiert werden. Das Recht auf Eigentum und darüber zu verfügen, muss völlig außer Zweifel sein. In einer Gesellschaft von Eigentümern ist Verantwortungsbewusstsein eine Selbstverständlichkeit und das Streben nach Zuwachs ist deutlich ausgeprägter.

Markus Marterbauer: Das heißt, Sie finden diese Verteilung eigentlich auch ungerecht?

Barbara Kolm: Ungerecht ist, dass unser Steuersystem nicht das Aufstreben und den Eigentumserwerb fördert, sondern den Besitz bestraft.

Christian Fridrich: Dazu muss man noch ergänzen, dass es eine Studie von der Europäischen Zentralbank von 2013 gibt, die in einer Untersuchung von 15 Euro-Staaten belegt, dass Österreich nach Deutschland beim Gesamtvermögen an der zweiten Stelle der Ungleichheit liegt[31].

Markus Marterbauer: Ja, wobei das auch mit dem vorher besprochenen Phänomen zu tun hat, dass es in Spanien etwa gar kein Mietwohnungssystem gibt und die Leute alle Eigentümer ihrer Wohnungen sein müssen und deshalb durch die Immobilienkrise enorm viel Geld verloren haben. Bei uns braucht man Sozialstaat sei Dank kein Eigentümer an der eigenen Wohnung sein, weil wir eben einen sehr guten sozialen Wohnbau haben und ein gutes Pensionsversicherungssystem sorgt auch im Unterschied zu Großbritannien dafür, dass wir nicht alle wie verrückt sparen müssen und dann im Alter von den Aktienmärkten abhängig sind. Da gibt es schon gewaltige Unterschiede zwischen den Ländern. Da sind wir im Vorteil, was die sozialen Institutionen betrifft, aber dennoch ist bei uns die Ungleichheit beim Vermögen enorm.

Barbara Kolm: Was ist das für ein Bild einer Gesellschaft, in der der Staat für mich sorgt, auch dort wo ich selbständig und eigeninitiativ sein könnte? Eigentum zu fördern, Eigentum zu akkumulieren, macht unabhängiger von Wohnungsgenossenschaften und vom Staat, das sollten wir anstreben.

Markus Marterbauer: Ja, ich glaube auch, dass es wichtig ist, die Leute unabhängiger zu machen. Der Sozialstaat sorgt für mehr Unabhängigkeit und Freiheit der Menschen. Der Sozialstaat ermöglicht auch den ganz normalen Menschen jene Freiheit, die anderswo nur die Reichen durch ihr Vermögen haben. Der Sozialstaat schafft damit in enormem Ausmaß Freiheit, die es in anderen Gesellschaften in dieser Verbreitung gar nicht gibt. Es gibt einen schönen Spruch eines hohen US-amerikanischen Richters, der sagt: „Steuern und einen Sozialstaat zu finanzieren, sind der Preis der Zivilisation" – und das würde ich genauso sehen. Wir schaffen Fortschritt in der Zivilisation, faire und akzeptable Gesellschaften durch gemeinsame Institutionen wie den Sozialstaat, den sozialen Wohnbau, die soziale Pensionsversicherung und das ist es wert über hohe Abgaben finanziert zu werden.

Barbara Kolm: Ja, aber da sind wir an die Grenzen der Besteuerung langsam angekommen. Mit Massensteuern wie Tabaksteuer, Mineralölsteuer und Umsatzsteuer trifft man vor allem den Mittelstand. Wenn der Mittelstand dünner wird, dann werden aber auch die Steuereinnahmen sinken, unabhängig von der Höhe des Steuersatzes.

Markus Marterbauer: An den Grenzen der Besteuerung sind wir beim Faktor Arbeit angelangt. Das Abgabenniveau insgesamt ist sicherlich nicht zu hoch. Es gibt keinen Grund, das Abgabeniveau insgesamt zu senken. Warum? Die Länder, die einen guten Sozialstaat haben, brauchen notwendigerweise ein hohes Abgabenniveau, das sind die skandinavischen Länder und wir. Wir können uns entweder einen guten Sozialstaat, Gesundheitsversorgung für alle, ein gutes Bildungssystem, verbunden mit einem relativ hohen Abgabenniveau wählen oder eine schlechte Pensionsvorsorge, ein miserables Bildungssystem, ein ungenügendes Gesundheitssystem, verbunden mit dem amerikanischen oder osteuropäischen Abgabeniveau. Man muss sich entscheiden für einen der beiden Wege und ich bin definitiv für den ersten.[32] Aber das ist selbstverständlich eine ideologische Frage. Den Faktor Arbeit sollten wir nicht noch stärker besteuern. Wir müssen uns überlegen, bei gegebenem Abgabenniveau die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu entlasten und dafür die leistungslosen Einkommen und die leistungslosen Besitzstände stärker zu besteuern.

Barbara Kolm: Da möchte ich ihnen widersprechen. Es gibt kein entweder oder. Schauen wir uns die Schweiz an zum Beispiel. Da ist das Abgabenniveau durchaus unter dem unseren.

Markus Marterbauer: In Wahrheit kaum.[33]

Barbara Kolm: Da stehen sogar die Kantone mit ihren Abgaben und mit ihren Leistungen, die sie für den Bürger bringen, im Wettbewerb und der Bürger weiß dann ganz genau, wo er mehr für sich „heraus-

[31] European Central Bank (Hrsg.) (2013): The Eurosystem household finance and consumption survey. Results from the first wave. Statistics paper series No 2. Frankfurt am Main: Eigenverlag: http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpsps/ecbsp2.pdf (01.11.2014). Siehe dazu auch einen Beitrag in: Der Standard (Ausgabe vom 09.04.2013): EZB: Vermögen in Österreich besonders ungleich verteilt. Wien. http://derstandard.at/1363707417294/Oesterreicher-sind-vermoegender-als-Deutsche (01.11.2014)

[32] Marterbauer Markus (2011): Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle. Wien. http://www.hanser-literaturverlage.de/buch/zahlen-bitte/978-3-552-06173-6 (07.09.2015)

[33] http://blog.arbeit-wirtschaft.at/abgabenquote (07.09.2015)

holt". Ein hohes Abgabenniveau garantiert noch lange keinen super Wohlfahrtsstaat. Wir sollten uns die Rosinen herauspicken: bei bestimmten Leistungen ist der Staat besser, bei anderen Dingen sollten wir zu marktlichen Alternativen greifen. Beispiel Pensionen: Welche Vorteile brächte uns ein kapitalgedecktes Pensionssystem oder ein Mischsystem – Eigenverantwortung und Miteinbeziehen der Bürger. Die Möglichkeit, seine Zukunft selbst zu steuern, sollte doch erstrebenswert sein! Und das kann man für alle Systeme durchdeklinieren. Deshalb, weil wir etwas jetzt schon die letzten 10 Jahre oder die letzten 20 oder die letzten 80 Jahre so gemacht haben, ist es nicht unumstößlich, Staatsaufgaben müssen kritisch hinterfragt werden.

Markus Marterbauer: Ein gutes Sozialsystem muss laufend überprüft und verbessert werden. Ich denke zum Beispiel an die Familienförderung. Hier ist es notwendig, das System zu reformieren indem Geldleistungen nicht weiter ausgebaut, sondern sogar eher eingeschränkt werden und dafür die sozialen Dienstleistungen des Staates massiv ausgebaut werden, also die Kindergärten. Das System ist zu reformieren ohne es insgesamt zu schrumpfen. Ähnliches gilt in vielen Bereichen, wo Reformen notwendig sind. Aber immer im Bewusstsein, dass hier ein Wohlfahrtsstaat geschaffen wurde, der der großen Masse der Bevölkerung sehr viele Verbesserungen bringt und unbedingt verteidigt werden muss.

Barbara Kolm: Eben soziale Dienstleistungen sind ein gutes Beispiel. Hinterfragen wir soziale Dienstleistungen – wer kann sie zu welchem Preis erbringen? Wer kann es besser machen? Es kann durchaus sein, dass in Ballungsräumen private Initiativen vielleicht günstiger sind und am Land sieht es anders aus. Man muss eben auch abwägen können und nicht eben mit dem Rechen über alles darüber fahren.

Markus Marterbauer: In Schweden wurde gerade eine Regierung abgewählt, die genau diese Privatisierung des sozialen Bildungssystems vorgenommen hat und damit grandios gescheitert ist. Britische Firmen haben Schulen in Schweden eröffnet und die Gewinne sind nach Großbritannien geflossen. Warum man im Bildungssystem Gewinne machen soll, ist sowieso schleierhaft. Das ist eine Aufgabe für den gemeinnützigen Sektor und nicht für gewinnorientierte Firmen, weil das würde diese sozialen Dienstleistungen, die wir so dringend brauchen, nur verteuern. Die neue rot-grüne Regierung in Schweden wird es jetzt besser machen.

Christian Fridrich: Ich möchte diese angeregte Diskussion abrunden und im Hinblick auf die „dramatische Zunahme sozialer und regionaler Disparitäten"[34] fragen: Wie soll es in Zukunft weitergehen? Welche wichtigen Eckpunkte sehen Sie aus Ihrer Perspektive?

Barbara Kolm: Erstens Staatsaufgaben hinterfragen, adaptieren auf das neue Jahrtausend. Der zweite Punkt ist das Thema Wettbewerb. Wir leben ja in Österreich nicht auf der Insel der Seligen, sondern wir sind nicht nur in Europa umgeben von Ländern, die das eine oder andere besser machen als wir, sondern wir leben auch im globalen Wettbewerb. Es geht auch um den Arbeits- und Wirtschaftsstandort den es eben zu erhalten gilt und wettbewerbsfähig zu machen. Individuelle Freiheit ist für mich Grundvoraussetzung, um dann alles weitere zu schaffen. Erst der Verlust von Entscheidungsfreiheit lässt uns erkennen wie wichtig dieser Faktor ist.–Solange Märkte größer waren als politische Einheiten, ist es uns immer, zumindest in Europa, gut gegangen. Die Verinnerlichung des Leistungsprinzips, der Wille zum Wettbewerb, individuell wie auch als Gesellschaft sind die Eckpunkte, auf denen unsere Zukunft beruhen wird müssen.

Markus Marterbauer: Soziale Sicherheit, gerechte Verteilung und Demokratie schaffen individuelle Freiheit. Das sind die Voraussetzungen für individuelle Freiheit. Deshalb ist es ganz wichtig, eine soziale, faire und demokratische Gesellschaft zu entwickeln. Wir müssen die relativ gute Position, die wir in Österreich im internationalen Vergleich haben, verteidigen, indem wir das System immer wieder reformieren und ich sehe dabei die größten Herausforderungen im Bildungssystem. Es geht primär darum, in Kinder die bildungsfernen Hintergrund haben, die sich nicht so leicht tun, besonders zu investieren. Das ist ein wichtiger Aspekt für Freiheit, aber auch für Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Grundsätzlich haben wir aufgrund des bestehenden Institutionensystems recht gute Voraussetzungen, die neoliberalen Länder können nicht das Vorbild sein, sondern jene, die auf unserem Niveau oder darüber sind. Insgesamt bedarf es der aktiven Intervention der Gesellschaft, um die individuelle Freiheit zu verteidigen.

Christian Fridrich: Ich meine, das waren zwei aussagekräftige Schluss-Statements. Danke, dass sie sich die Zeit für dieses kontrovers geführte Gespräch genommen haben.

[34] Weichhart, Peter (2008): Neoliberalism Meets Political Economy – Politikversagen, Entdemokratisierung und vergebliche Hoffnung auf Governance in der Zweiten Moderne. In: Bruckmeier Karl, Wolfgang H. Serbser & Bernhard Glaeser (Hrsg.): Ethik und Umweltpolitik: humanökologische Positionen und Perspektiven. München: Oekom, 213–236.